

A N F R A G E von Oskar Denzler (FDP, Winterthur) und Marlies Zaugg-Brüllmann (FDP, Richterswil)

betreffend Gerontopsychiatrische Versorgung im Kanton Zürich

Die Umsetzung der Betagtenpflege gibt bei den bekannten Schnittstellenproblemen zwischen Kanton und Gemeinden immer wieder Anlass zur Klage, indem insbesondere gerontopsychiatrisch demente Patientinnen und Patienten sehr schwer unterzubringen sind. Dies hat auch damit zu tun, dass die gerontopsychiatrischen Betten aus Kostengründen abgebaut werden. Die Gemeinden reagieren teils mit dem Bau eigener Abteilungen oder Heime für Demente und hoffen auf entsprechende kantonale Subventionierung. Heute bleibt oft nur die Einweisung verwirrter Betagter in ein Akutspital, wo die Betroffenen aber sehr viel teurer und meist auch nicht adäquat betreut werden.

In diesem Sinne bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches Konzept verfolgt der Regierungsrat, was die Planung von gerontopsychiatrischen Betten anbelangt?
2. Ist ein weiterer Abbau von Betten geplant, in welchem Ausmass und wie sollen diese regional verteilt werden?
3. Ist eine Überarbeitung des Kantonalen Psychatriekonzeptes hinsichtlich Betreuung dementer Menschen vorgesehen?
4. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, wie der durchaus sinnvolle Aufbau von Dementenstationen in Alters- und Pflegeheim gefördert werden kann?
5. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die Schnittstellenproblematik zwischen der Langzeitpflege der Gemeinden und den gerontopsychiatrischen Einrichtungen der Kantonalen Spitalliste besser zu koordinieren bzw. die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer zu formulieren?
6. Sieht der Regierungsrat weitere Möglichkeiten, wie die so genannten Pflegenotfälle speziell aus dem Bereich der Gerontopsychiatrie angemessen und in der richtigen Institution ohne unnötige Belastung der Akutspitäler betreut werden können?

Oskar Denzler
Marlies Zaugg-Brüllmann